

Zu diesem Heft

Was wird aus Europa? Wer gibt die Richtung der europäischen Integration an? Wir suchen nach Antworten. Auch die Autoren der GWP haben keine Glaskugel, in der sich die Zukunft der EU spiegelt. Und sie würden sicherlich alle der Aussage zustimmen, daß die Gemengelage aus ökonomischen Integrationszwängen und unklarem politischem Integrationswillen selbst notorischen Optimisten Vorsicht bei ihren Urteilen abnötigt. Unklarheiten dieser Art sind aber nicht nur verwirrend, sie sind vor allem ungemein aufregend und spannend. Spannend für den Analytiker, der versucht zu verstehen, spannend aber auch für die politische Bildung, die die wichtige Aufgabe hat, Komplexitäten auch dieser Größenordnung zu reduzieren und für die Adressaten vermittelbar zu machen. Die GWP liefert, wie gewohnt, zuverlässig neues und hochaktuelles „Gedankenfutter“ und gibt nicht nur zum Thema EU zahlreiche Hinweise auf Ereignisse, die im neuen Jahr auf uns alle zukommen.

Der Brennpunkt beschäftigt sich mit der nicht nur von den USA, sondern inzwischen auch innerhalb der EU immer häufiger gestellten Frage: „Warum spricht Europa außenpolitisch nicht mit einer Stimme?“ *Johannes Varwick* erklärt die zähen Beharrungskräfte nationaler Interessenpolitik, die, wie er sie nennt, „attavistischen Souveränitätsvorbehalte der Mitgliedstaaten“. Und er macht klar, daß Europa mit außenpolitischer Vielstimmigkeit weit hinter die Anforderungen zurückfällt, die sich aus dem bereits erreichten Stand der europäischen Integration ergeben.

Wer könnte hier und auf anderen Politikfeldern der europäischen Integration Ideengeber und Antreiber sein? In historischer Perspektive fällt dem Betrachter sofort der deutsch-französische Motor ein, die enge Partnerschaft von Frankreich und Deutschland, die uns der 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages am 22. Januar 2003 in Erinnerung ruft. *Joachim Schild* hat genauer hingeschaut. Seine Analyse zeigt, daß die deutsch-französischen Beziehungen an europäischer Prägekraft verloren haben, und er meint auch, sie werden in Zukunft weniger exklusiv angelegt sein als in der Vergangenheit. Aber selbst wenn es an Euphorie und Emphase gelegentlich mangeln mag, bleibt eine funktionierende deutsch-französische Partnerschaft aus vielerlei pragmatischen Erwägungen für die europäische Integration alternativlos.

Nicht nur das deutsch-französische Verhältnis kriselt. Auch der EU-Stabilitätspakt ist, wie *Hans-Hermann Hartwich* ausführt, in die Kritik geraten. Wie streng soll er gehandhabt werden? Eine heikle Frage für Deutschland, den Erfinder der engen Stabilitätskriterien. Sollte daran erinnert werden, daß der Pakt nicht nur ein Stabilitäts- sondern auch ein Wachstumspakt ist, der in wirtschaftlichen Krisenzeiten klug angewendet werden müsste, damit das Starren auf Stabilität wirtschaftliches Wachstum nicht über die Maßen beschädigt? Auf der anderen Seite die Warnung: Flexibilität bei der Stabilitätspolitik darf nicht deren Ende bedeuten, die Flucht in Defizite, um unangenehme wirtschaftliche Strukturentscheidungen zu vermeiden, schadet mehr als sie nützt.

Neben der EU gibt es eine weitere internationale Arena, in der sich deutsche Politik 2003 bewähren muß. Ab dem 1. Januar ist Deutschland Nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Angesichts eines drohenden Krieges gegen den Irak und im Rückblick auf die Positionsbestimmung der Bundesregierung im Wahlkampf 2002 eine heikle Mission. *Sven Bernhard Gareis* leuchtet die Hintergründe aus und geht ausführlich auf die Irak-Frage ein. Er ist optimistisch, was die deutschen Möglichkeiten 2003 angeht, multilaterale Lösungen für internationale Konflikte im Rahmen der Vereinten Nationen, auch und gerade in der Irak-Frage, zu fördern.

Die GWP kommt ihrer Chronistenpflicht nach und dokumentiert den Ausgang der schon erwähnten Bundestagswahl 2002, sowie der zeitgleich abgehaltenen Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Obwohl in beiden Fällen die amtierenden Regierungen bestätigt wurden, waren dies, wie *Nikolaus Werz* ausführt, alles andere als langweilige Wahlen.

Alles andere als langweilig waren auch zwei Auseinandersetzungen um bestehende gesetzliche Regelungen. *Heiner Adamski* verfolgt die Debatte um die Einführung des Dosenpfandes, für das gesetzliche Grundlagen in der Regierungszeit Helmut Kohls geschaffen wurden. Die Umsetzung dieses Gesetzes durch die rot-grüne Regierung stieß auf heftigen Widerstand bis hin zum vergeblichen Versuch, das Bundesverfassungsgericht einzuschalten. Mit Beginn des Jahres 2003 wird das Pflichtpfand auf Getränke-Einwegverpackungen eingeführt.

Ebenso faszinierend für alle, die sich für die Schnittstelle von Politik und Wirtschaft interessieren, ist die Art und Weise wie der Versuch gemacht wird, politisch, gegen den Willen der Kartellbehörde, die Fusion der großen Energieversorger E.on und Ruhrgas zu ermöglichen. Es ist, neben einigen anderen Aspekten, die *Michael Münter* in der Kontroverse darstellt, bemerkenswert, daß hierfür das selten gebrauchte Instrument der „Ministererlaubnis“ eingesetzt wird. Ja, wir erlebten eine Premiere, für diesen Fall gab es einerseits erstmals sogar eine zweifache Ministererlaubnis und andererseits eine Ministererlaubnis ohne Minister. Wirtschaftsminister Müller delegierte die Entscheidung wegen Befangenheit an seinen Staatssekretär. Die Ministererlaubnis wurde genau genommen zur Staatssekretärerlaubnis. Ob Minister oder Staatssekretär, in der Sache muß der Kartellsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf entscheiden. Erneut ein Fall für 2003!

Unsere Rubrik „Didaktische Praxis“ führt Schüler an den Ort, wo politisch-kontroverse Entscheidungen häufig fallen: nach Berlin. *Georg Weinmann* nimmt uns mit auf eine Klassenfahrt nach Berlin und erkundet, ob solche Studienfahrten das Interesse von Jugendlichen an der etablierten Politik steigern können. Sein Fazit ist durchaus positiv. Er verweist allerdings auf das dialektische Verhältnis von erfahrungsorientiertem außerschulischem Lernen und der alltäglichen Unterrichtspraxis, das produktiv genutzt werden sollte.

Die GWP vergißt auch in diesem Heft bei aller aktuellen Orientierung, bei aller Problembezogenheit und bei aller Lust an der Kontroverse die deutsche Gesellschaft nicht. Wir vergewissern uns wieder, wie das sehr erfolgreich auch in früheren Heften gelang, des gesellschaftlichen Kontextes, in der Politik und Wirtschaft beheimatet sind. Orientierung in der Gesellschaft bietet ihr Wertehaushalt. Bei der Beantwortung der Frage, wo wir heute stehen, fördert *Stefan Hradil* Überraschendes zu Tage. Gerade hatte sich die Öffentlichkeit daran gewöhnt, die deutsche Gesellschaft als individualistisch und selbstbezogen zu definieren. Wie sonst kämen Politiker auf die Wortschöpfung „Ich-AG“? Nun erfahren wir: „Effizienz, Ordnung, Sicherheit und Sanktionen zu deren Durchsetzung“ stehen wieder sehr viel höher im Kurs. Singles sind keine Vorbilder mehr, sondern „einsame Defizitwesen auf Partnersuche“.

Die Antwort auf die Partnersuche könnte unsere Analyse geben. Hier geht es um die Lage und Zukunft der Familien. Ganz so einfach liegen die Dinge aber doch nicht. *Norbert F. Schneider* schärft unser Problembewußtsein, denn er fragt zu Recht, was heute Familie (im Unterschied zum traditionellen Verständnis) bedeutet. Seine zahlreichen interessanten Befunde können hier nicht im Detail referiert werden. Nur soviel: Die größte Herausforderung für die sehr flexibel gewordene soziale Form Familie sieht er in der Starre gesellschaftlicher Institutionen und von Wirtschaftsunternehmen, die erfolgreiche Familienpolitik konkurrenziert.

Last but not least der Hinweis auf eine, wie wir hoffen, für unsere Leserinnen und unsere Leser bereits lieb gewordene Gewohnheit. Der Blick in den neuesten Beitrag unserer New Economy-Serie, die mit großer Kompetenz von *Rahild Neuburger* gestaltet wird. Diesmal geht es um den veränderten wirtschaftlichen Wettbewerb unter neuen technologischen Bedingungen, vor allem um den Einfluß des Internet-Business. Wie immer schließt der Beitrag mit einem nützlichen Glossar. *Die Herausgeber*